

Deutschland.

O Berlin, 2. Juli. Die Morgenblätter besprechen in längeren Artikeln die gestern bekannt gegebenen Personalveränderungen in der Regierung. Die „Nat.-Ztg.“ widmet dem Staatssekretär von Bötticher Worte unbedingter Anerkennung. Ob Graf Posadowsky seinen Vorgesetzten vollständig anfüllen könne, müsse erst abgewartet werden. In politischer Beziehung könne man die Erhöhung des Grafen Posadowsky nicht mit Misstrauen aufnehmen. An seiner Zuverlässigkeit gegenüber dem Agrarietum müsse sowohl in handelspolitischer Beziehung, als in der Währungsfrage gewisselet werden. Betreffs der Ernennung des Herrn von Bobbielski meint das Blatt, es fehle jede Berechtigung dafür, diesem Herrn mehr „neue Gesichtspunkte“, mehr „Geist und Wissen“ zuzutragen, als Männern, welche das Nothor verstehen, welches er leiten soll, ohne es zu verstehen. Im Uebrigen müsse das deutsche Volk die Ergebnisse der neuen postkassischen Gesichtspunkte des bisherigen Mitbregenten des Offiziervereins und des Unionklubs abwarten. Die „Voss. Ztg.“ sagt, die Berufung des Herrn von Miquel zum thatsächlichen Leiter der gesamten inneren Politik Preußens und des Reichs sei gescheitert; vielleicht habe Herr von Miquel schon heute die Empfindung, daß auch seine Herrlichkeit bald zu Ende geht. Ob er den Grafen Posadowsky mit bejonderer Freude als neuen Amtsgenossen begrüßen werde, sei zweifelhaft. Der neue Staatssekretär des Innern werde bald genug finden, daß es nicht leicht sei, Herrn v. Bötticher zu ersetzen. Dieser habe nach seiner Begabung und seiner Schmiegsamkeit gerade in die heutige Zeit vorzüglich gepaßt. Das Blatt schließt: „So habe sich also der große Krach, den Herr v. Stumm ankündigte, falls die Flottenforderungen nicht durchgingen, vollzogen. Herr v. Stumm bleibe Sieger auf der Wahlfahrt. Wie lange werde Fürst Hohenlohe noch Reichszkanzler sein? Die Blinder und Umfirtzereier begrüßen die Morgengröße einer besseren Zeit. Vielleicht werde Graf Mirbach noch Staatssekretär und Graf Rantzau Handelsminister, Herr v. Bülow Landwirtschaftsminister. Und König Stumm müßte unter dem neuesten Kurse Reichszkanzler werden. Das deutsche Volk aber werde mit erhöhter Regsamkeit an die Vorbereitung der Wahlen gehen. Die Ernennung des Herrn v. Bobbielski beglückt die „Voss. Ztg.“ mit der Bemerkung, hoffentlich finde sie auch Nachahmung auf militärischem Gebiete, und sie verweist dabei auf England, wo ein Mann, der nie ein Kriegsschiff betreten hatte, zum ersten Bord der Admiralität, und ein Parteiführer, der nie Uniform getragen, zum Kriegsminister avanciren konnte. Die „Deutsche Tageszeitung“ bespricht die Thätigkeit des Herrn von Bötticher und kommt zu dem Schluß, daß er geeignet war, die Ideen Anderer in recht geschickter Weise zur Ausführung zu bringen; die meisten würden ihn eine ira scheiden sehen. Bezüglich der Ernennung des Herrn von Bobbielski sagt das Blatt, kein verständiger Mensch werde dem neuen Staatssekretär, welcher ein so hervorragendes Organisations Talent habe, nicht für geeignet halten, die Reichspost zu leiten. Das „B. Z.“ meint, warum Herr v. Bötticher gerade jetzt aus dem Amte scheide, sei dem Verstande des einfachen Steuerzahlers aus den ersten Blick nicht leicht begreiflich. Er war nie der Mann eines starren Prinzipis und wollte in allen Dingen nicht weis sein als der verhältnißvolle Handhaber eines mäßigeren Willens. Sein Nachfolger Graf Posadowsky werde kein leichtes Amt haben. Was der „neueste Kurs“ von Herrn v. Bobbielski erwarte, sei nicht abzusehen. Es sei denn, daß er dazu ausersehen wäre, die eminent praktische Geschäftskennntnis Stephans durch soldatische Schneidigkeit abzulösen. Die „Staatsb.-Ztg.“ ist im Allgemeinen mit der Neuordnung der Dinge einverstanden. Die „Kreuztg.“ entläßt sich noch jeder Befriedigung.

— Der Kaiser und die Kaiserin hielten gestern Nachmittag 5 Uhr an Bord der „Hohenzollern“ einen Theebad ab. Einladungen zu denselben waren ergangen an den König der Belgier, der zum ersten Male in der deutschen Admirals-Uniform erschien, ferner an den Prinzen Heinrich von Preußen, den Erbprinzen von Oldenburg, den Herzog Friedrich Wilhelm von Mecklenburg, an die Admiralität und zahlreiche Stabsoffiziere, an Professor von Osmach sowie an die Vertreter der schleswig-holsteinischen Ritterschaft. Bei dieser Gelegenheit verabschiedete sich der König der Belgier in dergehrig Weise von dem Kaiser und verließ um 9^{1/2} Uhr auf der Dampfschiff „Clementine“ unter dem Salut der deutschen Kriegsschiffe den Hafen. Die Mannschaften der Kriegsschiffe paradirten und brachten drei Hurrahs aus, während der Kreuzer „König Wilhelm“ in derselben Beleuchtung erstrahlte, welche er bei der Hottensdau zu Spithead gezeigt hatte. — Gegen 10 Uhr begaben sich der Kaiser und der Prinz Heinrich sowie die übrigen Fürslichkeiten an Land, um an dem Wiederabend in der Marine-Akademie Theil zu nehmen. Der Kaiser hat sich heute früh 7 Uhr auf dem „Meteor“ eingeschifft, um sich zur Theilnahme an dem Dampfschiff nach Travemünde zu begeben. Prinz Heinrich wird heute selbst keine Nacht „L'Esperance“ steuern. Heute wird der von dem Kaiser für Nacht 1. Klasse gestiftete große Dineranapokal ausgesetzt. Das Wetter hat sich abgeklärt.

Die freudige Anerkennung, die der König der Belgier in seinem Kaiserthron der deutschen Flotte gezollt hat, wird, so schreibt man dem „Berl. Tagebl.“ aus Kiel, in allen Kreisen, die eine maßvolle Förderung der Marine beflürworten, lebhaftige Zustimmung finden, bei manchen Keuten freilich Mißgunst erregen. Gegenüber der Gerabiegung unserer Flotte durch die Marinerevolutiön verdient das Lob des Königs Leopold doppelte Beachtung. Der belgische Monarch, der seit Sonntag in den hiesigen Gewässern weilt, hat Gelegenheit gehabt, einen erheblichen Theil der deutschen Seemacht, die Schiffe beider Divisionen des Mannövergeschwaders, die Schulschiffe, die Torpedobootsflottille, die Befestigungen des Kieler Hafens, die Werftanlagen u. s. w. kennen zu lernen und ist aufs freudigste erkannt über den Aufschwung der deutschen Marine seit dem Jahre 1877, da er zum letzten Male den Kieler Hafen besuchte. Dagegen mag unsere Flotte klein und unbedeutend

deutend, jetzt erregt sie die Bewunderung des königlichen Leopold. Diese Anerkennung bleibt bestehen, selbst wenn die Anhänger uferloser Flottenpläne behaupten, daß unsere Seemacht nicht annähernd ihren Aufgaben gewachsen ist.

— Die Handelskammer zu Halle sprach sich gegen die gegenwärtig von gewisser Seite betriebenen Bestrebungen auf Erhöhung des Zolls für Fische, besonders Heringe und Sprotten, von 3 auf 10 Mark für die Tonne aus. Man war der Ansicht, daß durch eine solche Zollerhöhung die Märgereien und Marinir-Anstalten schwer geschädigt, ja in ihrer Existenz bedroht würden, vor allem aber ein Zoll von 10 Mark auf die Tonne Heringe im Werth von 20 bis 30 Mark nicht gerecht erscheine und deshalb, wenngleich die Erhöhung auch vielleicht dem Reichthum 10—12 Millionen Mark jährlich einbringen würde, im Interesse der ärmeren Bevölkerung, für die Heringe ein Hauptnahrungsmittel bilden, seine Einführung nicht angebracht sei. Die Kammer beschloß, diese ihre Stellungnahme in einer besonderen Eingabe an den Handelsminister darzulegen.

— Die „Verf. Pol. Nachr.“ schreiben: Wenn jetzt aus der Ernennung des Generals v. Bobinski zum Generalpostmeister Angriffenfeind gegen die Regierung und zwar im Publikum wie bei den Beamten deshalb zu erregen versucht wird, weil der neue Generalpostmeister nicht in der Postverwaltung gestanden hat, so wird darauf zu erinnern sein, daß er nicht entfernt das einzige Beispiel dieser Art ist. Graf Caprivi war commandirender General, Herr von Marischall badischer Bundesrathsbevollmächtigter, Graf Posadowsky Landesdirektor der Provinz Posen, Dr. v. Miquel Oberbürgermeister von Frankfurt, Freiherr v. Hammerstein Landesdirektor von Hannover. Auch der Staatssekretär Niederberg im Reichsjustizamte hatte vorher niemals in der Justiz gestanden, er hat, soweit bekannt, auch nicht die juristische, sondern die administrative Staatsprüfung bestanden. Auch früher ist vielfach bei der Wahl von Ministern ähnlich verfahren worden. Freiherr v. d. Heydt, Graf Zepplitz und Dr. v. Achenbach haben an der Spitze der Eisenbahnverwaltung gestanden, ohne vorher in derselben thätig gewesen zu sein. Dasselbe gilt von den meisten Chefs der Berg- und Hüttenverwaltung. Hier macht aber Dr. von Achenbach eine Ausnahme. Dr. Falk hatte, als er das Kultusministerium übernahm, keins nur im Justizdienst, zuletzt als vortragender Rath, gestanden. Der Minister der Landwirtschafts- u. Forstb. v. Lucius hatte Medizin studirt und als Arzt praktizirt, der Staatssekretär Freiherr von Matschahn-Gülls bewirthschaftete seine Besitztungen in Neuborkommern, v. Stöck und Graf Caprivi hatten niemals in der Marine gestanden, als sie an die Spitze des Marineamts berufen wurden. Graf Eulenburg I. war Diplomat, als er zum Minister des Innern ernannt wurde. Die Beispiele würden sich noch vermehren lassen; die vorstehenden genügen indessen wohl schon.

— Der Kommandant des in den australischen Gewässern stationierten Vermessungsschiffs „Wöwe“, Korvettenkapitän Merten, meldet in einem beim Oberkommando der Marine eingegangenen Bericht vom 13. April d. J. über einen Ueberfall einer von der „Wöwe“ an Land gesetzten Vermessungsgruppe auf der Insel Aly durch Eingeborene, der sich am 12. April bei der Aufstellung einer Triangulationsbase ereignete. Lieutenant zur See v. Nestorff, der die Arbeiten an Land leitete und nur wenige Mannschaften bei sich hatte, wurde von 70 bis 80 Eingeborenen durch Pfeile beschossen, so daß von dem kleinen Vermessungsdetachement vier Mann durch Pfeilschüsse verlest wurden. Ein Matrose erhielt einen Pfeilschuß durch die rechte Oberarmgegend, einen zweiten durch das rechte Handgelenk, einen dritten durch den rechten Oberarm, einen vierten durch das rechte Fußgelenk, einen fünften in den linken Oberarm und einen sechsten in die Gegend des rechten Schulterblattes. Jedoch glückte es Lieutenant zur See von Nestorff, sich in die Boote zurückzuziehen und die „Wöwe“ zu erreichen, ohne einen Mann verloren zu haben, während die Eingeborenen in Folge des unterhaltenen Feuergefechts der „Wöwe“ Mannschaften einige Tode auf dem Plage ließen. Am 13. April wurde zur Bestrafung der Eingeborenen ein größeres Landungsdetachement unter dem Befehl des ersten Offiziers der „Wöwe“, des Kapitän-Lieutenants Schaumann, nach der Insel geschickt, die indessen in der Nacht vorher von den Eingeborenen geräumt worden war. Da der Angriff der Eingeborenen auf das kleine Detachement überaus hinterlistig erfolgt war, zerstörte Kapitän-Lieutenant Schaumann gegen 96 Boote am Strand — unter diesen acht große Kriegskanoes — und säferte die Dörfer im Busch ein. Der Kommandant der „Wöwe“, Korvettenkapitän Merten, sagt am Ende seines Berichtes: „Wenn es mir auch nicht gelungen ist, die Eingeborenen so an Leib und Leben zu strafen, wie sie es eigentlich verdient hätten, so darf ich doch hoffen, daß der Verlust an sieben Todten und Verwundeten, sowie der Kanoes und der Hütten ihnen eine heilsame Lehre sein wird, zumal die Strafe unmittelbar vom Vergehen folgte.“ Der Bericht ist in Berlinhafen gezeichnet, der zur Zeit des Ueberfalls aufgenommen worden ist und durch die Inseln Aly, Seleo und Angacil gebildet wird.

Oesterreich: Ungarn.

Wien, 2. Juli. Wie hiesige Blätter melden, beschloßen die Gemeindevertretungen von Grottau, Auffig, Rarbitz, Gablonz und Krems (Niederösterreich) die Einstellung der Arbeiten in dem übertraagenen Wirkungskreise.

KranFreich.

Paris, 30. Juni. Der Kassations- (höchste) Gerichtshof hat eine tief einschneidende, grundlegende Entscheidung gefällt, indem er, wie schon dröhnlich gemeldet wurde, das Urtheil des Appellhofes in Louloupe bestätigte, wodurch der Abgeordnete Jaurès und die Redakteure Llibra von der „Petite Republique“ und Gilbert von der „Dépêche“ in Louloupe zu 1500 Fr. Schadenersatz verurtheilt werden wegen Schmähung des Ansehens der Arbeiter der von Regnier geleiteten Glasfabrik in Garmar. Das Urtheil des Loulouper Appellhofes stützt sich auf Art. 1382 des Code civil. „Jeder ist für den von ihm verursachten Schaden ersatzpflichtig“, auf den sich auch die Rechtspredigung aufbaut, durch die Her der unglückseligen Mathakahn wie die Arbeiterkammer

schwieriger Vertriebe: unmöglich werden. Weiter ruft das Urtheil den Artikel 414 des Strafgesetzb. an, der gegen den Gebrauch ungesetzlicher Mittel zur Hervorbringung und Aufrechterhaltung eines Ausstandes gerichtet ist. Es stellt fest, daß die Jaures und Genossen Drohungen und betrügerische Umlriebe gebraucht haben, gegen Refseguier mit Beleidigungen, Verleumdungen und offensichtlich falsche Nachtritten vorgegangen sind und durch Gebelben dazu geholfen haben, die Arbeiter Refseguiers zum Ausstand zu bestimmen. Sie haben die Glashütte des Reiters geschäftlich geschädigt, indem sie die ihr verbliebenen Arbeiter als Anfängliche hinstellten, die nur Ausführaare herzustellen verständen. In einem den Märrern mitgetheilten Brief an den Minister drohte Jaures sich an die Spitze der Arbeiter zu stellen, der Gewalt Gewalt entgegenzusetzen, wenn man die Arbeiter nicht gegen Gewaltthätigkeiten schützen würde. In einer Rede sprach Jaures Drohungen gegen Refseguier aus, während sozialistische Märrer diesen in ihren Sammellisten mit dem Tod bedrohten. So die Ausführungen des Urtheils, das durch die Bestätigung des höchsten Gerichtshofes fortan als Richtschnur für die Rechtspredung gelten wird. Ausstände bleiben hierbei immer noch möglich. Aber ihre Führer und Fühler werden sich ungemein in Acht nehmen müssen, um nicht gefaßt zu werden. Die sozialistischen Abgeordneten reisten bisher förmlich auf Ausstände. Wenn sie solche nicht selbst herbeizuführen, eilten sie wenigstens schnell herbei, um sich der Leitung der ohne ihr Zutun beginnenden Ausstände zu bemächtigen. Gar so waren die Ausständigen durchaus nicht sozialistisch gesinnt und hatten solche Dulse gar nicht verlangt. Aber sie jagten sie stets an, denn wer ist in Frankreich nicht hochbereit, den Bestand eines Abgeordneten, eines Mitglieds der Nationalversammlung zu befehen? Die Reiter waren immer darauf bedacht, möglichst viele Arbeiter in den Ausstand zu verwideln und deren Forderungen zu steigern. Sie verstanden es, die Ausstände lange dauern zu machen, aber deshalb wurde nicht mehr, oft nur weniger erreicht. Gar viele lange dauerten, überhaupt alle größeren Ausstände — im nördlichen Kohlenboden, Garmang, Mine-de-Gier u. f. w. haben mit einer völligen Niederlage der Arbeiter geendigt.

England.

London, 2. Juli. Seine Königliche Hoheit Prinz Albrecht von Preußen ist heute mittelft Sonderzuges von hier abgereist. Der deutsche Botschafter war mit den Mitgliedern der Botschaft zur Verabschiedung am Bahnhofe anwesend. Generalmajor Sir Charles du Plat begleitet den Prinzen bis Dünkirchen.

London, 2. Juli. Dem "Standard" wird aus Konstantinopel gemeldet, Ehemaligem Pascha habe dem Kriegsminister angezeigt, daß er das Oberkommando niederlege, da er bei den vorgeschlagenen Abmachungen nicht in der Lage sei, für die Aufrechterhaltung der Disziplin in seinen

Die „Times“ melden aus Konstantinopel vom 30. Juni, die ottomanischen Bevollmächtigten werden in der nächsten Sitzung betreffend die Friedensverhandlungen, die Erklärung abgeben, die Pforte habe das unantastbare Recht der Türkei, Thessalien zu behalten, aufrecht, kraft der geschiedenen Eroberung.

Dasselbe Blatt erzählt aus Athen, die Abgrenzung der neutralen Zone zwischen den griechischen und türkischen Truppen sei gestern zu Ende geführt worden.

Die „Times“ melden aus Kapstadt vom 1. Juli: Präsident Krüger forderte den Staatssekretär Beyers telegraphisch auf, sofort zurückzukehren wegen Krankheit unter den Mitgliedern des Ausführlichen Rathes und wegen anderer Staatsangelegenheiten von größter Wichtigkeit.

Russland.

Petersburg, 2. Juli. Der Regierungsbote veröffentlicht ein Telegramm des Vizeadmirals Tretow, nach welchem das Leck des „Gangut“ 5 Saizen lang ist bei einer stellenweisen Breite von einer halben Arschin. Die Untersuchung wird fortgesetzt. (5 Saizen sind gleich 10,67 Meter; $\frac{1}{2}$ Arschin gleich 36 Zentimeter. Ann. d. Meh.)

Warschau, 2. Juli. Der König von Siam ist gestern Abend hier eingetroffen und am Bahnhofe von dem General-Gouverneur Fürsten Inzeretinski, sowie den Spitzen der Behörden und dem aus Petersburg hier eingetroffenen Ehrendienst empfangen worden. Eine Ehrenkompanie war am Bahnhofe aufgestellt. Das Altesiequartier nahm der hohe Gast im Lazaretschlosse. Heute findet zu Ehren des Königs eine Truppenparade statt. Die Abreise nach Petersburg ist auf heute Abend festgelegt.

Griechenland.

Dania, 2. Juli. Gestern wurde bei den Porporten von dem türkischen Generalsstabes Jaget Bey und dem griechischen Hauptmann Dabianst ein Uebereinkommen unterzeichnet, wonach die Griechen die Gebirgsgegenden Westthessaliens durch Abtheilungen besetzen dürfen, um die dort herrschende volle Anarchie und das Räuberwesen zu beendigen. Die Türken bleiben im Besitz der Ebene um Triffala und Malakata. Die Gegend bei Domotos wird neutral und von da läuft die Scheidelinie den Fuß des Pindeusgebirges entlang nach Malakassi. Selbstverständlich ist diese Vereinbarung nur eine vorläufige Maßregel zur Aufrechterhaltung der Ordnung während der Friedensverhandlungen.

Stadtverordneten-Versammlung

Die Sitzung wird um 5 $\frac{1}{2}$ Uhr durch den stellvertretenden Vorsteher Herrn Professor Dr. Nühl eröffnet. Die Vermahlung genehmigt die Ertheilung von Aufnahme-Akten. Entschlossen an der Anstaltsfrage zwischen dem Anstaltsplatz und der Deutschenstraße nach Maßgabe der vom Magistrat unterbreiteten Vorschläge und wird der Magistrat ermächtigt, mit den Antragstellern die nöthigen Verträge zu schließen. Ebenso wird die Zustimmung ertheilt zur Verwendung eines im laufenden Etat für das Stadttheater ausgeworfenen Betrages von 5670 Mk. zum Ankauf der Soffitenbeleuchtung, zur Verbesserung der Mobelreinigung, insbesondere im Orchesterraum, sowie für kleinere Reparaturen.

Vom Bezirksverein Pommerensdorfer Anlage war eine Petition wegen Errichtung eines Spielplatzes in der dortigen Gegend eingegangen, der Magistrat hat über dieselbe berathen und ist zu dem Beschuß gekommen, die Petenten abschlägig zu bescheiden, da die in Vorschlag gebrachten Plätze an der Hospitalstraße anderweitig gebraucht werden und da andererseits auch ein Bedürfnis für eine derartige Anlage nicht anerkannt werden könne. Der Referent für den Gegenstand, Herr Suppl., ist mit den Gründen des Bescheides einverstanden, soweit die Maßfrage in Rede steht, dagegen ist er bezüglich der Bedürfnisfrage abweichender Meinung und bittet er, dementsprechend dem ablehnenden Bescheide des Magistrats beizutreten, dagegen dem Magistrat die Anlegung eines Spielplatzes an anderer, geeigneter Stelle zur Ermüdung anzuempfehlen. Diefem Antrage des Referenten stimmt die Versammlung zu.

Herr Petermann referirt über die Milderung des Magistrats auf den Stadtvorordnetenbeschuß vom 29. April d. Zs. betreffend eine Petition von Anwohnern der Galtgwieße um Verfestigung eines Weges und Steiges über die Galtgwießen-Parzellen bezw. den Graben in Verlängerung des Pfaffensteiges. Der Magistrat will unter Berufung auf einen früher in der gleichen Angelegenheit gefaßten Beschuß das Gesuch abschlägig bescheiden, weil ein befriedigender Zustand nicht zu schaffen sei, solange der Galtgwießengraben nicht befestigt werde und weil ferner an die Stadt bei etwa vorkommenden Unfällen Entschädigungsansprüche gestellt werden könnten. Dieser Begründung vermag Referent sich nicht anzuschließen, es werde den Petenten nicht einmal die Befestigung des Grabens zur endlichen Derbeiführung eines „befriedigenden Zustandes“ in Aussicht gestellt und man würde deshalb schwerlich begreifen, warum die Stadt den Anwohnern eine so kleine und mit ganz geringen Kosten erfüllbare Bitte abschläge. Referent beantragt, den Magistrat zu ersuchen, an der von den Petenten gewünschten Stelle eine leichte provisorische Ueberbrückung herzustellen. Herr Stadtbaurigand bemerkt, daß der Galtgwießengraben allerdings in absehbarer Zeit befestigt werden würde und dann sei der Weg leicht herzustellen. Der Magistrat halte an der Ueberzeugung fest, daß den Anwohnern kein Recht auf die Benutzung des fraglichen Weges zustehe, daß die Anlegung desselben vielmehr nur geduldet worden sei, er bitte deshalb, es bei dem ab lehrenden Bescheide bewenden zu lassen. Herr Dr. Graßmann meint dagegen, wenn bis zur Befestigung des Grabens, wie Herr Rigand selbst angebe, noch reichlich zwei Jahre ins Land gehen könnten, so solle man doch lieber den Wunsch der Petenten erfüllen, denn der gegenwärtige Zustand sei in der That wenig erträglich und im Winter werde die Passage über den Graben recht gefährlich. Auch die Herren Collas und Verndt bekräftigten den Antrag des Referenten, der Johann

mit überwiegender Mehrheit angenommen wird. Ueber eine Vorlage betreffend die Genehmigung zur freihändigen Vermietung eines früheren kgl. schen Petroleumhofes an die Firma Cohns u. Nimmé Nachf. auf die Dauer von 14½ Jahren, vom 1. Oktober 1897 ab, referirt Herr Dr. Delbriid. Für die ordnungsmäßige Herstellung des Platzes sind zunächst 220 000 Mark aufzuwenden, welche Summe vom Miether nach Inhalt des Vertrages angemessen zu vergüten ist, im Ganzen würde die Firma zwischen 12- und 13 000 Mark zahlen, womit eine leibliche Vergütung und Amortisation des von der Stadt aufgewendeten Kapitals gewährleistet sei. Referent bittet um Genehmigung des Vertragsentwurfs und beschließt die Versammlung demgemäß.

Herr Dr. Kollig referirt über eine Vor-
lage, nach welcher dem Direktor Dr. Reymann
vom Schiller-Realgymnasium die
Dienstwohnung behufs Einrichtung von Klassen-
zimmern geschenkt werden soll. Die vorhandenen
Schulräume bieten nicht mehr genügenden Platz,
da alle Vorklassikalen überfüllt sind, auch sonst
fehlt es an Raum, weshalb eine Oberetage über
der Turnhalle in einem für Schulzwecke
ganz ungeeigneten Gemach hat untergebracht
werden müssen, ebenso wird der Mangel eines be-
sonderen Unterrichtszimmers für Chemie schmerz-
lich empfunden. Herr Direktor Dr. Reymann hat
sich in entgegenkommendster Weise bereit erklärt,
die ihm überlassene Wohnung schon zum 1. Ok-
tober zu räumen und bittet Referent, die Einbin-
gung zu diesem Termin auszusprechen. Dem-
gemäß wird beschlossen.

Die umfangreichste und wichtigste Vorlage betraf das von der gemischten Oden-Kommission herabenehene Regulativ für den Freibezirk Stettin, über dasselbe referirte Herr Geh. Kommerzienrath Wächter. Durch § 1 wird die Lage des Freibezirks bestimmt, derselbe lautet: „Der zwischen der Straße am Dünzig, dem Dünzigstrom und der Breslauerkirke auf den ehemaligen Möllnwießen belegene Theil der Stadt Stettin, welcher auf der Landseite zollfreier umgrenzt, auf der Wasserseite unter fortwährender Bewachung gehalten wird, hieselbst mit der zugehörigen Wasserfläche eine freie Niederlage-Anstalt im Sinne des § 107 des Vereins-Zollgesetzes.“

Im § 2 wird die zollfreie Umschließung des Freibezirks theilweise, die theils in eherner Umfriedigung, theils in einer Zollschranke zu bestehen soll. Nach dem § 4 erhält der Freibezirk acht Zugänge von der Randseite her, die mit zollfreier verschließbaren Thoren versehen sind. Die Tagesstellen, in welchen die dem Verkehr nach der Stadt dienenden Thore überwachet werden, werden nach Vereinbarung mit dem Magistrat, den Vorstehern der Kaufmannschaft und der Zollverwaltung festgelegt. Die Haupt-Ein- und Ausfahrt für Fuhrwerk und Personen am Schnittpunkte der Breslauer- und Pannitzstraße wird Tag und Nacht offen gehalten. In den weiteren Paragraphen werden Bestimmungen getroffen über die Ueberschreitung der Außengrenze des Freibezirks, den Schiffs- und Waarenverkehr in denselben (die Schiff- und Kabarett ist unbeschränkt, der Waarenverkehr von jeder Kontrolle befreit, da der Bezirk als Ausland behandelt wird), über die ständigen Wohnungen, den Industriebezirk und Kleinhandel im Bezirk, über den Schiffsverkehr zwischen dem Freibezirk und dem Zollbezirk von Stettin und Swinemünde, über die Absperrungsbedeutung der im Freibezirk errichteten Central-Zollstelle. Über die Zollabgabe

tigungen im Bezirk, über das Verfahren in Verdachtsfällen, über den Personenverkehr, die Strafbestimmungen und die Wirksamkeit des Regulatorius. Das Regulatoriv soll mit dem Tage der Eröffnung des Freibezugs in Kraft treten.

Der Referent bemerkt, die Oefenbaukommission habe sich für unveränderte Annahme der Regulatioo entschieden, indem sie von der Ansicht ausging, daß bei Entstehung irgend welcher Unzuträglichkeiten dieselben im Wege der Verhandlung zu beseitigen sein werden. Dem Antrage des Referenten gemäß erfolgt die Annahme der Regulatioo en bloc.

Eine Vorlage betraf wieder bauliche Veränderungen im städtischen Krankenhaus, und zwar soll die Waschküche wie die Dampfkessel- und Maschinen-Anlage erweitert werden. Die Kosten sind auf 38 000 Mark veranschlagt und sollen noch auf das Extra-Ordinarium des diesjährigen Etats bewilligt werden. Die Vorlage findet die Zustimmung der Versammlung, zugleich wird an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, eine Trennung der Buchung auf Ordinarium und Extraordinarium vorzunehmen.

Mit der Vorlage betreffend den Freibezirk ist gleichzeitig eine weitere Vorlage wegen dem Ausbau der elektrischen Zentrale in den neuen Hafenanlagen eingegangen. Dieser den Stadtordnungen im Druck zugegangenen Vorlage entnehmen wir Folgendes: Als mit den Stettiner Elektrizitätswerken ein neuer Vertrag wegen Benützung der Straßen zur Kabellegung geschlossen wurde, beschloffen die städtischen Behörden, dies Privileg nur für das linke Oderufer zu erteilen. Das rechte Oderufer sollte jedoch ausdrücklich für die städtische Verwaltung selbst reserviert werden, da in dem neuen Hafen ohnehin eine elektrische Station gebaut werden mußte, um die Hafenanlagen zu erleuchten, und es daher nahe lag, diese Anlage zu einer elektrischen Zentrale für die Stadtheile Laßabie und Silberwieze zu erweitern. Bei Gelegenheit der Ausschreibung der elektrischen Station für den Hafen wurde diese Erweiterung sofort ins Auge gefaßt und das Projekt so gestaltet, daß nicht nur die obigen beiden Stadtheile, sondern auch der Dünzig-Grabenhof, der Viehhof und Schlachthof, sowie endlich der Zentral-Güterbahnhof elektrisch beleuchtet werden konnten. Ferner war noch die Möglichkeit in Betracht gezogen, bei dem weiteren Ausbau des Hafens die Ausnutzung desselben mit elektrischen Kränen und Bezeugen vornehmen zu können. Die eingegangenen vier Entwürfe wiesen in einzelnen Hauptfragen, namentlich in Bezug auf den Kraftbetrieb für die Hebezeuge, Verschiedenheiten auf und wurde daher auf Beschluß der Tiefbau-Deputation eine Autorität in diesem Fache, Herr Gisbert Rapp-Berlin, kurz vorher auch ein Gutachten für die Dortmund Zentrale abgegeben hatte, zu Rathe gezogen. Nach diesem Gutachten wurde das Projekt der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin, welches am vortheilhaftesten und billigsten erschien, noch in einigen Punkten abgeändert. Nach dem unter Verwahrung des Rapph'schen Gutachtens entstandenen Gesamtprojekt der elektrischen Zentralstation sind die Maschinen und Akkumulatoren in dem westlichen Flügel des großen, am Südrand des neuen Hafens erbauten Maschinen- und Kesselhauses untergebracht. Die Wahl der Stromgattung und des Stromsystems war durch die Verhältnisse gegeben, welche seitens der Stettiner Elektrizitätswerke für die Stadtheile auf dem linken Oderufer geschaffen worden sind. Die neue Anlage ist ebenso wie die für das linke Oderufer bestehende nach dem Gleichstrom-Dreisystem eingerichtet. Hierdurch ist die Möglichkeit offen gehalten, später beide Anlagen zu einem ökonomischen Gesamtbetriebe zu vereinigen. Die Maschinenaggregate sind im Einzelnen so gewählt, daß ein allmählicher Ausbau der Anlage in zweckmäßiger Weise möglich und außerdem durch geeignete Kombination der einzelnen Aggregate ein wirtschaftlicher Betrieb bei der während der einzelnen Tagesstunden sehr verschiedenen Beanspruchung gesichert ist. Von der Anlage ist bereits diejenige Theilausführung im Bau begriffen, die von den städtischen Körperschaften durch die Genehmigung für den Bau des „Hollhafens, erste Ausfühung“ bewilligt worden ist. Der weitere jetzt beantragte Ausbau soll nun zunächst folgende Anlagen umfassen:

1. Die Ergänzung der maschinellen Einrichtung in der Zentralstation.
2. Die Hauptleitungen für den Anschluß des Schlacht- und Viehhofes, des Dünzigs-Bahnhofs, der Kastale und Silberwiele.
3. Die Vertheilungsleitungen für nachstehende Straßen der Kastale und Silberwiele: Große Kastablestraße, Speicherstraße, Schiffbau-Kastale, Wabrininfraße, Polzkroße; in der Großen Kastablestraße, Wabrininfraße und Polzkroße ist zweireihige Verlegung unter den Bürgersteigen, in der Speicherstraße und Schiffbau-Kastale dagegen nur einreihige Verlegung vorgesehen.
4. Die öffentliche Beleuchtung der Großen Kastablestraße.

5. Die Installation für den Dünzig-Bahnhof.
Bezüglich des Dünzig-Bahnhofs ist zu be-
merken, daß die königliche Eisenbahn-Direktion
schon seit dem Herbst vorigen Jahres eine elek-
trische Beleuchtung provisorisch eingerichtet hat,
welche Einrichtung jedoch bei der Uebergabe des
Dünzig-Bahnhofs an die Stadt nicht mit in den
Besitz der Stadt übergeht. Da es nun nicht
angängig ist, auf dem Dünzig-Bahnhof nach der
Uebernahme seitens der Stadt auch nur vorüber-
gehend wieder eine minderwertige Beleuchtung
einzuführen, ist die schleunige Inangriffnahme
des weiteren Ausbaues, für die im Uebrigen
auch die bevorstehende Fertigstellung des Vieh-
hofes sprechen dürfte, dringend erforderlich. Die
Kosten für den weiteren Ausbau in dem unter
1 bis 5 erwähnten Umfang belaufen sich auf
306 000 Mark, wovon 200 000 Mark bereits
unter Extraordinarium Einzel 8 für das Ver-
waltungsjahr 1897/98 festgesetzt worden sind.

Das Projekt, unter welches Herr Dr. Delbrück referirt, wird ohne Debatte genehmigt und die geforderte Summe von 306 000 Mark bewilligt.

Herr Nitschl referirt über einen zwischen dem Magistrat und der Straßenbahn-Gesellschaft abgeschlossenen Vergleich. Es war die Auslegung einer Bestimmung des zwischen der Stadt Ettlingen und der Straßenbahn-Gesellschaft unter-

